

Die SP gehört nicht zu den Siegern der Nationalratswahlen 2003

Autor(en): **Ladner, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **82 (2004)**

Heft 1

PDF erstellt am: **19.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341828>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die SP gehört nicht zu den Siegern der Nationalratswahlen 2003

Mit den Wahlen im vergangenen Herbst wurde die Stellung der SP gegenüber der Rechten geschwächt. Will sie die alten Verhältnisse wieder herstellen, muss sie

Andreas Ladner

zuerst einmal einen dritten Sitz im Bundesrat anstreben. Am einfachsten wäre dies im Rahmen einer linken Gesamtstrategie.

Sicher hat die SP bei den Nationalratswahlen 2003 ihren Stimmenanteil von 22,6 auf 23,3 Prozent erhöht. Sicher hat die SP mit 9 Sitzen im Ständerat ein so gutes Resultat erreicht wie seit 1979 nicht mehr, und sicher hat sie mit einigen ExponentInnen (Sommaruga, Fetz u.a.) absolute Traumergebnisse erzielt. Und dennoch: Die SP gehört nicht zu den Siegerinnen des Urnengangs 2003. Seit dem 10. Dezember und der Wahl der Herren Blocher und Merz in den Bundesrat bestehen keine Zweifel mehr. Die wirtschaftsorientierte Rechte hat im Bundesrat (und mit grosser Wahrscheinlichkeit auch im Nationalrat) das Heft an sich gerissen. In sozialen Fragen sind die Chancen für die SP gesunken, Mehrheiten zu finden. Einzig im lebensweltlichen Bereich kann auf eine sich modernisierende FDP gehofft und vielleicht ab und zu bei protektionistischen Massnahmen mit der SVP eine unheilige Allianz eingegangen werden.

Die SP droht im Bundesrat isoliert zu werden und steht machtpolitisch nahezu so

schlecht da wie in den 1960er- und 1970er-Jahren, als linke Lehrerinnen und Lehrer noch mit einem Berufsverbot belegt wurden und der Spruch mit der Fahrkarte «Moskau einfach» zum Standardrepertoire bürgerlicher Politiker gehörte. Der einzige und sehr zentrale Unterschied ist, dass die Linke heute in wichtigen politischen und gesellschaftlichen Positionen deutlich stärker vertreten, teilweise sogar dominierend ist. Der Anteil der SP-AnhängerInnen in den freien Berufen, in den Schulen und Universitäten, in den Medien und in der Verwaltung ist in den letzten Jahren stark gestiegen.

Rückzug aus dem Bundesrat?

Die Beteiligung der SP im Bundesrat und die damit verbundene (partielle) Übernahme der Regierungsverantwortung hat nicht nur die gesellschaftliche Akzeptanz der SP gefestigt, sondern hat entscheidend dazu beigetragen, dass Werte und Anliegen, die vor 30 Jahren noch als linksextremistisch verschrien waren, heute mehrheitsfähig sind. Zudem zeigt sich, dass ganz anders Politik gemacht werden kann, wenn man in den Spitzen der Verwaltung vertreten ist und direkter auf die Geschäfte einwirken kann. Vor diesem Hintergrund kann ein Gang in die Opposition nicht erste Priorität haben. Die neue Parteizusammensetzung im Bundesrat, der Anstieg des Durchschnittsalters und der Rückgang des Frauenanteils betreffen das bürgerliche Lager und tangie-

ren die SP indirekt. Über den Auszug aus dem Bundesrat sollte erst dann diskutiert werden, wenn sich das Konkordanzsystem als nicht mehr funktionsfähig erweist, will heissen, wenn die SP im Bundesrat in allen wichtigen Fragen überstimmt wird und sie überhaupt keinen gestalterischen Einfluss mehr ausüben kann. Darüber soll nach zwei Jahren Bilanz gezogen werden. Sicher ist, dass es deutlich schwieriger sein wird, mit Mandatsträgern, die bereits einmal am Tisch der Mächtigen Platz genommen und Regierungsverantwortung getragen haben, Oppositionspolitik zu betreiben als mit neuen Kräften, die in die Politik strömen.

Aus eigenen Kräften zur «alten Stärke»

Strategisch müsste es für die SP in nächster Zeit darum gehen, mindestens zu ihrer alten Stärke zurückzufinden. Rein machtpolitisch argumentiert, heisst das, den «verlorenen» CVP-Sitz im Minimum durch etwas Gleichwertiges zu ersetzen. Dabei ist weder davon auszugehen, dass die CVP diesen Sitz wieder zurückgewinnen wird, noch dass sich FDP und SVP derart wandeln, dass sie die SP für diesen Verlust entschädigen könnten. Entsprechend geht es also darum, die Grundlagen für die Beanspruchung dieses Sitzes selbst zu erkämpfen. Voraussetzung für einen dritten Sitz im Bundesrat wäre ein Wählerstimmenanteil von deutlich über 35 Prozent. Sich ein solches Ziel zu setzen, ist für die konkordanzgewohnten Schweizer Parteien unüblich. Voraussetzung für die SP wäre ein klares strategisches Bekenntnis und eine einsprechende inhaltliche Positionierung.

Die Schweizer SP gehört im internationalen Vergleich zu den linken sozialdemokratischen Parteien. Dafür gibt es gute Gründe, die mit unserer Verhandlungsdemokratie, den ausgehandelten

Kompromisslösungen und der Grösse der Partei zusammenhängen. Tatsache ist demgegenüber, dass sich die Mehrheit der Wählenden in der Mitte ansiedelt. Tatsache ist weiter, dass diese Mitte parteipolitisch verwaist ist und dass die Wählerinnen und Wähler häufig ihre Stimmen Parteien geben, die sich politisch extremer positionieren als sie sich selbst. Und Tatsache ist schliesslich, dass jene Partei, die sich die grösste Unterstützung aus der Mitte sichern kann, in Zukunft eine zentrale Position einnehmen wird.

Daraus ergibt sich, dass die SP eine Politik machen muss, die für die Wählerinnen und Wähler aus der Mitte attraktiv ist. Dies muss nicht heissen, dass die SP nun bürgerlicher werden und sich von ihren Grundwerten verabschieden muss. Es dürfte wohl aber kaum heissen, auch weiterhin getreu Parteiprogramm «die Überwindung des Kapitalismus» oder die Ausdehnung des Staates in möglichst alle Lebensbereiche anzustreben. Nicht übernommen werden müssen die realpolitischen Fehler von «New Labour» oder der «Neuen Mitte»; man soll sich aber ernsthaft mit ihren Konzepten und Ansprüchen auseinander setzen. Gefragt sind kreative Lösungen. Stichworte könnten heissen: Weder Markt noch Staat sind allein selig machende Dogmen, soziale Sicherheit ist ein zentrales Anliegen, aber auch individuelle Leistungsbereitschaft soll belohnt werden, zwischen der Perspektive der Arbeitenden und den KonsumentInnen gilt es, einen Ausgleich zu schaffen.

Die SP wird sich auch Rechenschaft darüber ablegen müssen, wie sich ihre Wählerschaft heute zusammensetzt und was die Interessen (und nicht nur die «sozialromantischen Träume») dieser Wählerschaft sind. Heute profitiert die SP noch stark von Wählerinnen und Wählern, die politisch vor dem Fall der Berliner Mauer sozialisiert wurden. Auf dem zusehends

volatileren WählerInnenmarkt werden solche Gräben in Zukunft leichter überschritten werden.

Auf der Suche nach neuen Lösungen wird man merken, dass an den Grundprinzipien der Sozialdemokratie wie Freiheit, gesellschaftlicher Solidarität und ökologischer Verantwortung nichts geändert werden muss, sondern dass der Weg dorthin und der Stil des Politisierens eine Anpassung benötigen. Eine Partei, die mit Wählerstimmen aus der Mitte die 30-Prozent-Marke überschreitet, ist im politischen System der Schweiz keine Oppositionspartei, sondern übernimmt Regierungsverantwortung.

Oder zusammen mit dem linken Lager

Überwinden muss die SP dabei auch das schlechte Gewissen, die sozialistischen Ideale verraten zu haben. Der linke Streit über den richtigen Weg gehört ins letzte Jahrhundert. In der Politik geht es darum, die eigenen politischen Vorstellungen umzusetzen und sich den anvisierten Zielen zu nähern. Diese Last kann die SP nicht allein auf ihren Schultern tragen. Sie muss sich mit dem Gedanken anfreunden, nicht die einzige Kraft auf der Linken zu sein. Politische Mehrheiten werden in der Schweiz zusammen mit anderen Parteien erzielt. Auch für die SVP ist eine starke FDP durchaus attraktiv, solange diese in die gleiche Richtung zieht. Die SVP weiss, dass sie einen Teil der FDP-Wählerschaft selbst nie erreichen wird.

Verabschiedet sich die SP von ihrem Monopolanspruch, eröffnet sich für sie eine zweite Möglichkeit, den verloren gegangenen CVP-Sitz durch mindestens etwas Gleichwertiges zu ersetzen. Der zweite Frühling der Grünen, dieses Mal links von der SP angesiedelt, zeigt hier neue Perspektiven. Die Grünen haben die

Hälfte des Weges in den Bundesrat bereits zurückgelegt. Gelingt es ihnen, die Gunst der Stunde zu nutzen und hier ein gewisses Potenzial längerfristig zu binden, dann müsste angesichts der Formschwäche anderer Bundesratsparteien die Diskussion um einen Einzug in den Bundesrat in Zukunft mit grösserer Ernsthaftigkeit geführt werden als vor den letzten Bundesratswahlen.

Eine stärkere Linke, links der SP, wäre keine Konkurrenz, sondern eine Unterstützung und käme einer Differenzierung des Angebotes gleich. In vielen Fällen, in der Regel bei den für die SP zentralen Themen, wären SP und Grüne gleicher Meinung und würden (ganz ähnlich wie bei den Bürgerlichen) geschlossen auftreten. Die SP würde davon entlastet, für Vorlagen verantwortlich zu sein, für die es bei den Stimmberechtigten kaum Unterstützung gibt.

Realisierbar wäre eine solche Variante nur auf der Basis einer linken Gesamtstrategie, die auf einer klaren Zuordnung der verschiedenen Potenziale und auf einer Arbeitsteilung beruht. Je stärker die SP nach links zieht, desto enger wird der Raum für die Grünen und desto schwieriger wird es für diese, zu wachsen. Teilt sich die SP die Arbeit mit den Grünen auf und gelingt es ihr, für grössere Teile aus der Mitte attraktiv zu werden, dann wird das ganze linke Lager gestärkt. Gewinnt die SP 175 000 Stimmen aus der Mitte und gibt diese auf der linken Seite an die Grünen ab, so wären letztere in der Lage, mit Recht einen Sitz im Bundesrat zu fordern. Machtpolitisch könnte damit der «Verlust» des CVP-Sitzes mehr als kompensiert werden. Will die SP aus eigenen Kräften einen dritten Sitz anstreben, braucht sie mehr als das Doppelte an Stimmen.

Andreas Ladner ist Politikwissenschaftler am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern.



